

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 237

Januar 2009

Ein Herz für Uster:

JA zu Tempo



JA zu
Tempo 30
in den
Wohnquartieren.

Mehr
Sicherheit für
unsere Kinder.
Mehr Lebens-
qualität für uns alle.

Inhalt

Tempo 30: Nach zwölf Jahren ist es an der Zeit	3
Kommunale Abstimmung: JA zu Tempo 30 in den Wohnquartieren Von Stefan Feldmann SP-Gemeinderat	
Sechs Gründe für ein Ja zu Tempo 30	4
Kommunale Abstimmung: JA zu Tempo 30 in den Wohnquartieren	
Tempo 30 rettet Leben	5
Kommunale Abstimmung: JA zu Tempo 30 in den Wohnquartieren	
Mehr Sicherheit für unsere Kinder	6-7
Kommunale Abstimmung: JA zu Tempo 30 in den Wohnquartieren Von Barbara Geering	
Tempo 30 in Usters Wohnquartieren, schon bald auch bei Ihnen	8-9
Kommunale Abstimmung: JA zu Tempo 30 in den Wohnquartieren	
Ein exklusives Steuerschlupfloch stopfen	10
Kantonale Abstimmung: JA zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung Von Elisabeth Derisitis, SP-Kantonsrätin	
Bilaterale Verträge: Die wichtigste Abstimmung seit 1992	11
Eidgenössische Abstimmung: JA zur Personenfreizügigkeit mit der EU Interview mit Mario Fehr, SP-Nationalrat	
Unsere Abstimmungs-Parolen für den 8. Februar	11
Veranstaltungskalender	12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage: 16 000 Exemplare
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 80-13431-8
Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut
Bilder: Rolf Murbach
Layout: Ewald Feldmann
Vertrieb: Martin Zwysig
Druck: Ropress Zürich
Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Das letzte Abstimmungswochenende mit kommunalen Abstimmungen brachte für die SP Uster ein durchzogenes Resultat. Bedauerlicherweise lehnten die Stimmberechtigten den Kredit für den Kulturbetrieb in der Villa am Aabach ab. Bedauerlich ist dies vor allem deshalb, weil die Ustermerinnen und Ustermer sich dazu verleiten liessen, an der Urne ihren Unmut über die Vergangenheit des Hauses zum Ausdruck zu bringen, über das neue innovative Konzept – und darum ging es in der Abstimmungsvorlage ja eigentlich – wurde hingegen kaum gesprochen. Die Chance auf einen Neustart und die Schaffung eines offenen Kulturhauses für breite Bevölkerungsschichten wurde somit leider verpasst.

Hoherfreulich hingegen war, dass die Stimmberechtigten den Landverkauf im Mühleholz abgelehnt haben. Damit haben sie ein klares Zeichen gesetzt: Sie wollen ein starkes und attraktives Zentrum und kein Einkaufszentrum an der Peripherie. Dieses Nein ist als Auftrag an den Stadtrat zu werten, so schnell als möglich für die Rahmenbedingungen für eine städtebauliche Entwicklung in diesem Sinne zu sorgen: Das Gebiet zwischen Stadthaus und Zeughaus sowie Aabach und Bahnlinie ist zu einem eigentlichen städtischen Zentrum zu verschmelzen. Das Nein zum Landverkauf Mühleholz war somit ein Ja zu einem attraktiven Uster.

Um ein attraktives Uster geht es nun auch am 8. Februar: Zur Abstimmung steht der Kredit für die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in den Ustermer Wohnquartieren. Dabei geht es um mehr Sicherheit für unsere Kinder und mehr Lebensqualität für uns alle. Wirkliche Argumente gegen diese Vorlage gibt es nicht: Sie ist mit der Einführung in anderen Gemeinden vergleichsweise günstig. Bauliche Massnahmen werden zurückhaltend eingesetzt («so wenig wie möglich, soviel wie nötig»). Wir stellen Ihnen die Vorlage in dieser FORUM-Nummer in aller Ausführlichkeit vor (Seite 3 bis 9).

Das wir am 8. Februar die Möglichkeit haben, über die Einführung von Tempo 30 abzustimmen, ist das grosse Verdienst der SP Uster: Sie hat dieses Thema über mehrere Jahre immer wieder zur Sprache gebracht und am Ende erfolgreich eine Volksinitiative lanciert. Das Sammeln der Unterschriften war so leicht, wie bei kaum einer anderen Initiative, für die ich jemals Unterschriften gesammelt habe. Das zeigt: Das Anliegen geniesst grosse Unterstützung.

Doch eine grosse Unterstützung bedeutet noch lange nicht, dass die Abstimmung bereits gewonnen ist. Die Mobilisierung wird von allergrösster Wichtigkeit sein. Deshalb: Gehen Sie an die Urne! Sorgen Sie wie beim Landverkauf Mühleholz dafür, dass am Ende Uster gewinnt – dank mehr Lebensqualität für uns alle. Und sorgen Sie vor allem dafür, dass unsere Kinder gewinnen – dank mehr Sicherheit auf dem Schul- und Kindergartenweg.

Gemeinde-Abstimmung vom 8. Februar: Ja zu Tempo 30 in den Wohnquartieren

Tempo 30 – nach zwölf Jahren ist es an der Zeit

Am 8. Februar stimmen die Stimmberechtigten darüber ab, ob in den Wohnquartieren von Uster Tempo 30 eingeführt werden soll oder nicht. Mit der Abstimmung findet eine Diskussion, die in Uster rund zwölf Jahre gedauert hat, ihren vorläufigen Höhepunkt. Dass überhaupt über diese Frage abgestimmt werden kann, ist nicht zuletzt das Verdienst der SP Uster, die mit zahlreichen Vorstössen und zuletzt mit einer Initiative Druck gemacht hat.

Von Stefan Feldmann, Gemeinderat SP Uster

«Gut Ding will Weile haben»: Dieses Sprichwort trifft auf Tempo 30 in Uster gleich doppelt zu. «Gut Ding will Weile haben» einerseits, weil in Uster bereits seit zwölf Jahren über die Einführung von Tempo 30 diskutiert wird: Im Frühling 1996 beschloss der Stadtrat auf Anregung der damaligen Sicherheitsvorsteherin Heidi Vogt (SP) und des damaligen Planungsvorstandes Rolf Aepli (FDP), in zwei Ustermer Quartieren – Sonnenberg und Krämeracker – Tempo 30 einzuführen. Das Vorhaben scheiterte am Widerstand der bürgerlichen Parteien im Gemeinderat und auch sonst ist in Uster trotz verschiedenster Anläufe, verschiedenster runder Tische und verschiedensten Bekenntnissen verschiedenster Parteien in Sachen Tempo 30 wenig geschehen. Ging es nämlich darum, den Bekenntnissen Taten folgen zu lassen und für die Umsetzung Geld in die Hand zu nehmen, war es mit den Bekenntnissen dann zumeist wieder vorbei.

Druck der SP notwendig

Die SP-Gemeinderatsfraktion hat im Ustermer Parlament immer wieder mit Vorstössen das Thema zur Diskussion gestellt. Erinnert sei etwa an den Vorstoss für einen Versuch von Tempo 30 nach Stundenplan bei Schulhäusern. Am Ende brauchte es dann aber das stärkste politische Instrument, das in der direkten Demokratie zur Verfügung steht: die Volksinitiative. Die gemeinsam von SP und EVP im Herbst 2005 lancierte Volksinitiative gab dem Anliegen in der Tat neuen Schub: An nur zwei Sammeltagen kam praktisch das doppelte der benötigten Unterschriften zusammen und Anfang Januar 2006 wurde die Initiative im Stadthaus eingereicht. In Sachen Tempo 30 gilt «Gut Ding will Weile haben» aber auch, weil es danach wiederum drei



In Uster wird seit zwölf Jahren über die Einführung von Tempo 30 diskutiert. Passiert ist bislang wenig: Die Tempo 30-Zone im Brunnenwiesen-Quartier ist eine von nur zwei Tempo 30-Zonen in Uster.

Jahre brauchte, bis das Anliegen der Volksinitiative zur Abstimmung kommt. Doch für einmal soll darüber nicht geklagt werden, denn der Stadtrat hat die Zeit genutzt und unter der Federführung von Sicherheitsvorstand Hans Streit (SVP) ein Konzept für die Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren erarbeitet, das sich wirklich sehen lassen kann.

Sinnvolle Investition

Das Projekt überzeugt in baulicher, zeitlicher und finanzieller Hinsicht. Bauliche Massnahmen werden situativ und mit Zurückhaltung eingesetzt: Bei vielen der Zonen beschränken sich die baulichen Massnahmen auf Einengungen bei den Einfahrten in die Tempo 30-Zonen. Damit wird genau jene Torwirkung erreicht, die vom Gesetz vorgeschrieben wird. Nur dort, wo das alleine nicht reicht, werden zusätzlich so genannte «Berliner»-Kissen angebracht, auf den Bau von Riegeln im alten Stil wird also bewusst und völlig zurecht verzichtet. Das Motto «so wenig wie möglich, so viel wie nötig» wird mit

diesem Projekt schon fast mustergültig umgesetzt.

Zeitlich wird die Einführung bis 2012 gestaffelt, so dass die Investition haushaltverträglich auf mehrere Jahre verteilt werden können. Mehr noch: Mit 2,15 Millionen Franken ist das Konzept verglichen mit anderen Gemeinden sehr günstig, zumal der Gegenwert dafür kaum in Geld aufgewogen werden kann: Mehr Verkehrssicherheit für unsere Kinder auf dem Schul- und Kindergartenweg und mehr Lebensqualität für uns alle (mehr dazu auf Seite 4).

«Gut Ding will Weile haben» – die SP Uster hat gemeinsam mit anderen in den letzten zwölf Jahren für die Einführung von Tempo 30 gekämpft, weil sie der Überzeugung ist, dass eine höhere Verkehrssicherheit und ein wertvoller und wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Standortqualität von Uster als Wohnort ist. Ob es die Ustermerinnen und Ustermer ebenso sehen – am 8. Februar werden wir es wissen.

Gemeinde-Abstimmung vom 8. Februar: Ja zu Tempo 30 in den Wohnquartieren

Sechs Gründe für ein Ja zu Tempo 30

Am 8. Februar stimmen die Stimmberechtigten über einen Kredit von 2,15 Millionen Franken ab. Damit soll verteilt über vier Jahre Tempo 30 in den Ustermer Wohnquartieren eingeführt werden. Das im Auftrag der Stadt Uster erarbeitete Projekt überzeugt in baulicher, zeitlicher und finanzieller Hinsicht. Und vor allem bringt es grosse Vorteile: Mehr Sicherheit für unsere Kinder und mehr Lebensqualität für uns alle. Sechs Gründe für ein Ja zu Tempo 30.

1. Mehr Sicherheit für unsere Kinder.

Der Hauptnutzen von Tempo 30 liegt in der Erhöhung der Verkehrssicherheit. Davon profitieren die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer: Velofahrende, Fussgängerinnen und Fussgänger, insbesondere aber Kinder. Sie können Distanzen und Geschwindigkeiten nicht richtig einschätzen. Sie sind deshalb auch nicht in der Lage, Strategien zu entwickeln, den Gefahren auszuweichen und Unfälle zu vermeiden (siehe Seiten 6/7). Aus diesem Grund sind sie auf dem Schulweg ganz besonders gefährdet. Aus anderen Städten und diversen Studien weiss man, dass sich dank Tempo 30 die Zahl der verunfallten Kinder um mehr als die Hälfte reduzieren lassen. Und dank des geringeren Tempos sind, falls es doch zu einem Unfall kommt, die Verletzungen deutlich weniger schwer, als bei Tempo 50 (siehe Seite 5).

2. Mehr Lebensqualität für uns alle.

Tempo 30 führt aber auch zu einer deutlichen Verbesserung der generellen Lebensqualität in Wohnquartieren. Durch tiefere Geschwindigkeiten wird das Fahrverhalten ruhiger. Dank Tempo 30 werden Quartierstrassen zudem als Schleichwege unattraktiv. Es benutzt sie nur noch, wer auch wirklich dort wohnt. Weniger und langsamerer Verkehr bedeutet geringere Lärmbelastung und weniger Schadstoffemissionen. Dafür entstehen neue Freiräume im Quartier mit verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten.

3. Keine Riegel und Schwellen.

Bauliche Massnahmen sollen in Uster nur zurückhaltend eingesetzt werden. Bei vielen der Zonen beschränken sich die baulichen Massnahmen auf Einengungen bei den Einfahrten in die Tempo 30-Zonen. Damit wird genau jene Torwirkung erreicht, die vom Gesetz vorgeschrieben wird. Nur dort, wo das alleine nicht reicht, werden zusätzlich so genannte «Berliner»-Kissen angebracht, auf den Bau von Rie-



Der Hauptnutzen von Tempo 30 liegt in der Erhöhung der Verkehrssicherheit von schwächeren Verkehrsteilnehmenden: FussgängerInnen, Velofahrende und Kinder.

geln im alten Stil wird also bewusst und völlig zurecht verzichtet. Neben den klaren Signalisationen bei den Einfahrten in die Zonen, werden bauliche Massnahmen nur dort eingesetzt, wo es nicht anders geht. Ganz nach dem Motto: So wenig bauliche Massnahmen wie möglich, so viel wie nötig.

4. Sinnvolle Etappierung.

Es ist vorgesehen, die vierzig Tempo 30-Zonen bis zum Jahr 2012 zu realisieren. Dort wo in dieser Zeit Strassensanierungen anstehen, erfolgt die Umsetzung im Rahmen dieser Projekte. Dort wo keine Sanierungen nötig sind, werden Provisorien erstellt, die dann zu einem späteren Zeitpunkt, wenn Sanierungen oder Leitungsarbeiten anstehen, im Rahmen dieser Arbeiten definitiv ausgeführt werden. Eine absolut sinnvolle Etappierung.

5. So günstig wie kaum anderswo.

Dank diesem pragmatischen Vorgehen kostet die Einführung von Tempo 30 in Uster so wenig wie in kaum einer anderen Gemeinde: Die Einführung von Tempo 30 liess sich Erlenbach pro EinwohnerIn 270 Franken kosten, Seuzach und Wallisellen zwischen 130 und 140 Franken, Bubikon, Zollikon, Gossau und Richterswil 80 Franken. In Uster kostet die Einführung dagegen nur 70 Franken pro EinwohnerIn.

6. Uster als Wohnort stärken.

Die Wohn- und Lebensqualität ist heute neben der Verkehrsanbindung, dem Bildungsangebot und dem Angebot an Naherholungsräumen bei

der Wohnortwahl ein entscheidendes Kriterium, besonders für junge Familien mit Kindern. Tempo 30 steigert unbestreitbarermassen die Wohn- und Lebensqualität und das Sicherheitsgefühl der QuartierbewohnerInnen. Das haben viele andere Gemeinden schon längst erkannt und in ihren Wohnquartieren Tempo 30 eingeführt. Es ist höchste Zeit, dass Uster nachzieht.

Kein Problem für den Bus

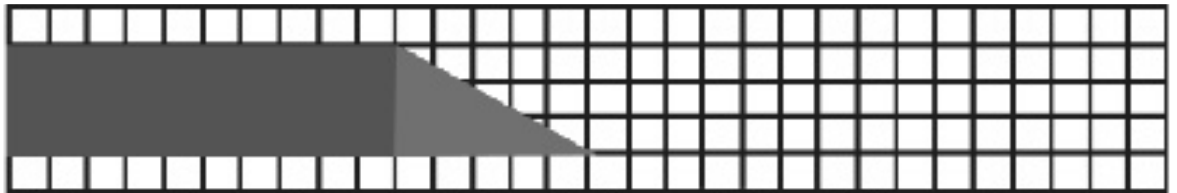
Wir alle kennen das: Wir müssen dringend zur Arbeit, der Bus ist mit leichter Verspätung unterwegs, es wird also ziemlich knapp die S-Bahn rechtzeitig zu erreichen. Ist da die Einführung von Tempo 30 für den Busverkehr kein Problem? Wird es nicht doch noch knapper als eh schon, den Zug rechtzeitig zu erreichen? Die Frage lässt sich mit einem klaren Nein beantworten. Im Rahmen der Erarbeitung des Tempo 30-Konzeptes haben die Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland (VZO) Testfahrten durchgeführt. Das Resultat: Tempo 30 führt zu einer Zeitverzögerung auf den Ustermer Busstrecken von zwischen 5 und 15 Sekunden. Und 15 Sekunden sind nur in den seltensten Fällen für das Erreichen oder Nichterreichen eines Zuges verantwortlich. Kann der Busbetrieb den Anschluss nicht einhalten, so wird das auch inskünftig am grossen privaten Verkehrsaufkommen liegen und nicht an Tempo 30.

Gemeinde-Abstimmung vom 8. Februar: Ja zu Tempo 30 in den Wohnquartieren

Tempo 30 rettet Leben

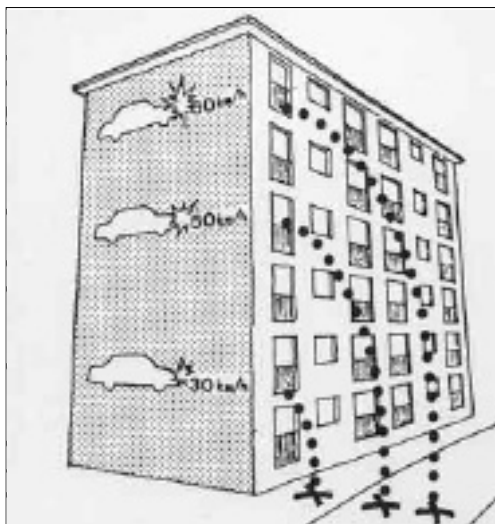
Der grösste Gewinn, der Tempo 30 bringt, ist eine erhöhte Verkehrssicherheit. Dieser Gewinn ist durch zahlreiche Studien nachgewiesen. In der Stadt Zürich etwa nahm die Zahl der verunfallten Kinder durch die Einführung von

Tempo 30 um mehr als die Hälfte ab. Und dort wo es trotzdem zu einem Unfall kam, ging dank dem tieferen Tempo der Schweregrade der Verletzung zurück. Im folgenden ein paar harte Fakten zum Thema Verkehrssicherheit.

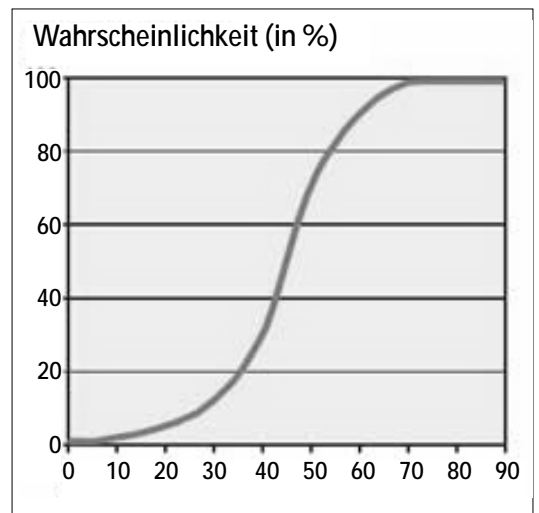


Die erhöhte Verkehrssicherheit zeigt sich am auffälligsten am unterschiedlichen Bremsweg bei Tempo 30 und Tempo 50. Dort, wo unter gleichen Bedingungen bei Tempo 30 das Auto zum Stillstand kommt (nach 12,5 Metern) fährt es bei Tempo 50 noch immer in voller Fahrt, weil

das Auto bei diesem Tempo alleine während der Reaktionszeit, die der Lenker benötigt, um auf die Bremse zu treten, mehr als 12,5 Meter zurücklegt. Dank Tempo 30 lassen sich also eine grosse Zahl von Unfällen vermeiden. **Tempo 30 rettet Leben.**



Auch mit Tempo 30 lässt sich natürlich nicht jeder Unfall vermeiden. Doch kommt es einmal doch zu einem Zusammenprall, so nehmen die schweren und tödlichen Verletzung stark ab. Der Zusammenprall eines Fahrzeugs mit einem Fussgänger bei Tempo 30 entspricht einem Sturz aus etwa mehr als 3 Metern. Die Chancen, einen solche Sturz mit geringen Verletzungen zu überleben, sind recht gross. Der Zusammenprall eines Fahrzeugs mit einem Fussgänger bei Tempo 50 entspricht dagegen einem Sturz aus etwa 11 Metern. Die Schwere der Verletzung ist naturgemäss deutlich grösser. Dank Tempo 30 kann also die Zahl der Unfälle mit schweren Verletzungen deutlich verringert werden. **Tempo 30 rettet Leben.**



Je höher das Tempo, desto grösser ist die Gefahr von FussgängerInnen und Velofahrenden bei einer Kollision mit einem Auto getötet zu werden. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) hat durch die Auswertung von tausenden von Unfallberichten den Zusammenhang von Geschwindigkeit und Mortalität nachgewiesen. Bei Tempo 50 liegt die Wahrscheinlichkeit bei einer Kollision mit einem Auto getötet zu werden bei 70 Prozent, bei Tempo 30 bei vergleichswisen geringen 15 Prozent. Dank Tempo 30 kann also die Zahl der Unfälle mit Todesfolge massiv verringert werden. **Tempo 30 rettet Leben.**

Gemeinde-Abstimmung vom 8. Februar: Ja zu Tempo 30 in den Wohnquartieren

Mehr Sicherheit für unsere Kinder

«Für was brauchen wir den Tempo 30? Autos gehören auf die Strasse, Kinder aufs Trottoir. Es müssen sich einfach nur alle richtig verhalten, dann gibt's auch keine Probleme.» Wenn die Welt doch nur so einfach wäre! Die Ustermerin Barbara Geering hat sich in ihrer Lizentiatsarbeit am Psychologischen Institut der Universität Zürich mit der Entwicklung des Gefahrenbewusstseins im Strassenverkehr bei Kindern zwischen sechs und elf Jahren befasst. Ihre Erkenntnis: Erst mit neun oder zehn Jahren können Kinder Gefahren richtig einschätzen und Strategien zu ihrer Vermeidung entwickeln. Wer also von Kindern verlangt, sich «einfach nur richtig zu verhalten», verkennt, dass sie diese Anforderung gar nicht erfüllen können. Andere Massnahmen zum Schutz der Kinder sind gefordert, zum Beispiel die Einführung von Tempo 30.

Von Barbara Geering

Kinder benötigen für ihre körperliche, geistige und soziale Entwicklung einen Freiraum für Spiel, Bewegung und Geselligkeit, möglichst in der Nähe ihrer Wohnung. Und sie benötigen

auch die Möglichkeit, ihr Wohnumfeld selbstständig zu erkunden, Freunde zu besuchen, ihre Schul- und Spielwege alleine zurückzulegen, Einkäufe zu erledigen usw. Fehlen diese Möglichkeiten, können körperliche, geistige und soziale Defizite auftreten (z. B. motorische Störungen, Aufmerksamkeits- und Konzentrationsstörungen, aggressives und unsoziales Verhalten, Leistungsstörungen in der Schule und vieles mehr), ganz besonders bei Kindern, die in zu kleinen Wohnungen ohne Garten und ohne Spielplätze in der Umgebung aufwachsen müssen. Viele dieser Fähigkeiten sind gerade im Strassenverkehr besonders wichtig, und Defizite in diesen Bereichen erhöhen wiederum das Unfallrisiko und vermindern die Bereitschaft, sich im Strassenverkehr sozial und partnerschaftlich zu verhalten.

Entfernungen und Geschwindigkeiten sind schwer einzuschätzen

Aus verschiedenen Studien ist bekannt, dass das Verhalten von Kindern als Fussgänger bis zum Alter von etwa acht Jahren sehr riskant und wenig zuverlässig ist. Bis ins Alter von etwa 14 Jahren bleibt auch das Radfahren im Strassenverkehr sehr gefährlich. Vergleicht man das Verhalten von Kindern als Fussgänger im Strassen-

verkehr mit dem von Erwachsenen, lassen sich für die Kinder viele typische Verhaltensweisen beschreiben. Sie sind viel unruhiger, orientieren sich vor der Strassenüberquerung seltener und rennen über die Fahrbahn. Die Situation mit geparkten Autos überfordert viele Kindergartenkinder. Sechs- bis siebenjährige Kinder verhalten sich schon recht verkehrssicher. Sobald sie jedoch einem Ball nachrennen, sind die Gefahren des Strassenverkehrs vergessen, und das Spiel steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Kindes.

Je älter die Kinder werden, desto sicherer können sie sich im Strassenverkehr aufhalten. Viele Fähigkeiten, die für die Bewältigung des Strassenverkehrs notwendig sind, bilden sich erst im Laufe der kindlichen Entwicklung aus. Eine Entfernung richtig einzuschätzen fällt den meisten Erstklässlern noch schwer. Auch die Geschwindigkeit eines nahenden Autos richtig zu beurteilen, ist in diesem Alter noch kaum möglich. Einige Kinder können links und rechts noch nicht unterscheiden! Kinder lassen sich leicht ablenken, sie können sich noch nicht gleichzeitig auf mehrere Aufgaben konzentrieren. Andere Faktoren haben ebenfalls einen Einfluss auf das Unfallrisiko. So sind Knaben deutlich stärker gefährdet als Mädchen. Kinder aus un-



Auch verkehrssichere Kinder vergessen beim Spiel schnell die Gefahren des Strassenverkehrs. Es ist deshalb unsere Aufgabe, sie zu schützen.

teren sozialen Schichten verunfallen öfter als Kinder der Mittel- und Oberschicht. Auch die Persönlichkeit des Kindes hat einen Einfluss: hyperaktive, unkonzentrierte Kinder scheinen häufiger in Unfälle verwickelt zu sein.

Die Entwicklung des Gefahrenbewusstseins

Eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von sicherheitsorientierten und unfallpräventiven Verhaltensweisen ist das Vorhandensein einer angemessenen Gefahrenwahrnehmung. Nur wenn Gefahren rechtzeitig erkannt werden, können vorbeugende Massnahmen zur Vermeidung eines Unfalls ergriffen werden. Mit ungefähr fünf bis sechs Jahren können Kinder gefährliche Situationen im Strassenverkehr erkennen, aber erst dann, wenn sie schon akut gefährdet sind. Wenn z.B. ein Kind, das einen steilen Abhang mit dem Fahrrad herunterfährt und immer schneller wird, Angst bekommt, hat es ein akutes Gefahrenbewusstsein. In diesem Stadium lässt sich der Unfall aber kaum mehr vermeiden, die Wahrnehmung der Gefahr kommt in der Regel zu spät.

Mit etwa acht Jahren lernen Kinder Gefahren vorzusehen, d.h. sie lernen zu erkennen, durch welche Verhaltensweisen sie in Gefahr geraten könnten. Erst mit etwa neun bis zehn Jahren haben die Kinder schliesslich ein Bewusstsein für vorbeugende Massnahmen. Sie können Verhaltensweisen einsetzen um eine Gefahr zu reduzieren, z.B. indem das Kind einen Umweg in Kauf nimmt, um eine Strasse sicherer zu überqueren. Natürlich gibt es grosse individuelle Unterschiede, da sich die Entwicklung nicht immer im gleichen Tempo vollzieht. Sie hängt auch stark von den Erfahrungen ab, die ein Kind im Verkehr machen kann oder darf. Kindern, die immer mit dem Auto gefahren werden, fehlen diese Erfahrungsmöglichkeiten und das verzögert die Entwicklung der entsprechenden Fähigkeiten. Trotz Training bleibt stets ein beachtliches Restrisiko übrig. Auch sehr gut «trainierte» Kinder lassen sich hin und wieder ablenken und laufen dann plötzlich auf die Fahrbahn. Aus diesem Grund müssen auch andere Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Kindern getroffen werden.

Die Kunst der Langsamkeit

Durch Verkehrsplanungsmassnahmen können Kinderunfälle vermieden werden. Insbesondere eine konsequente Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 in Wohn- und Schulgebieten zeigte in verschiedenen Studien, dass Unfälle mit Kindern bis zu 70 Prozent zurückgingen. Zu einer kinderfreundlichen Verkehrsplanung



Erst mit neun oder zehn Jahren können Kinder nicht nur Gefahren als solche erkennen, sondern Strategien zu ihrer Vermeidung verhindern.

gehört auch eine Parkraumbewirtschaftung, die es den Kindern ermöglicht, Sichtkontakt zu den AutofahrerInnen zu haben. Haltende oder parkende Fahrzeuge spielen eine wichtige Rolle bei der Verursachung von Kinderunfällen. In Wohngebieten müssen verkehrsberuhigte Räume eingerichtet werden, in denen die Autos nur mit Schrittgeschwindigkeit fahren dürfen. Das Ziel sollte sein, dass sich Kinder möglichst ohne grosse Risiken im Verkehrsraum bewegen können.

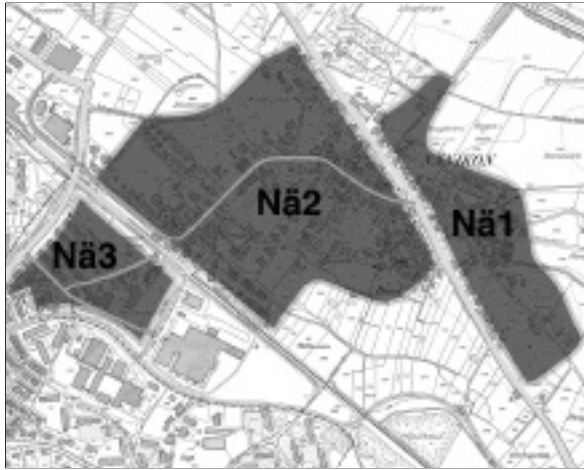
Die Interessen der Kinder werden in der Verkehrspolitik, in der Stadt- und Verkehrsplanung, in der Verkehrsrechtssprechung und bei der polizeilichen Verkehrsüberwachung nicht aus-

reichend berücksichtigt – ganz besonders dann, wenn sie den Interessen der Autofahrer widersprechen. Die verkehrserzieherische Arbeit sollte sich nicht nur an die Kinder und ihre Eltern richten, sondern sehr viel mehr auch an die motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen. Sie müssen die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen, da es den Kindern aus obigen entwicklungspsychologischen Überlegungen nur bedingt möglich ist, sich verkehrssicher zu verhalten.

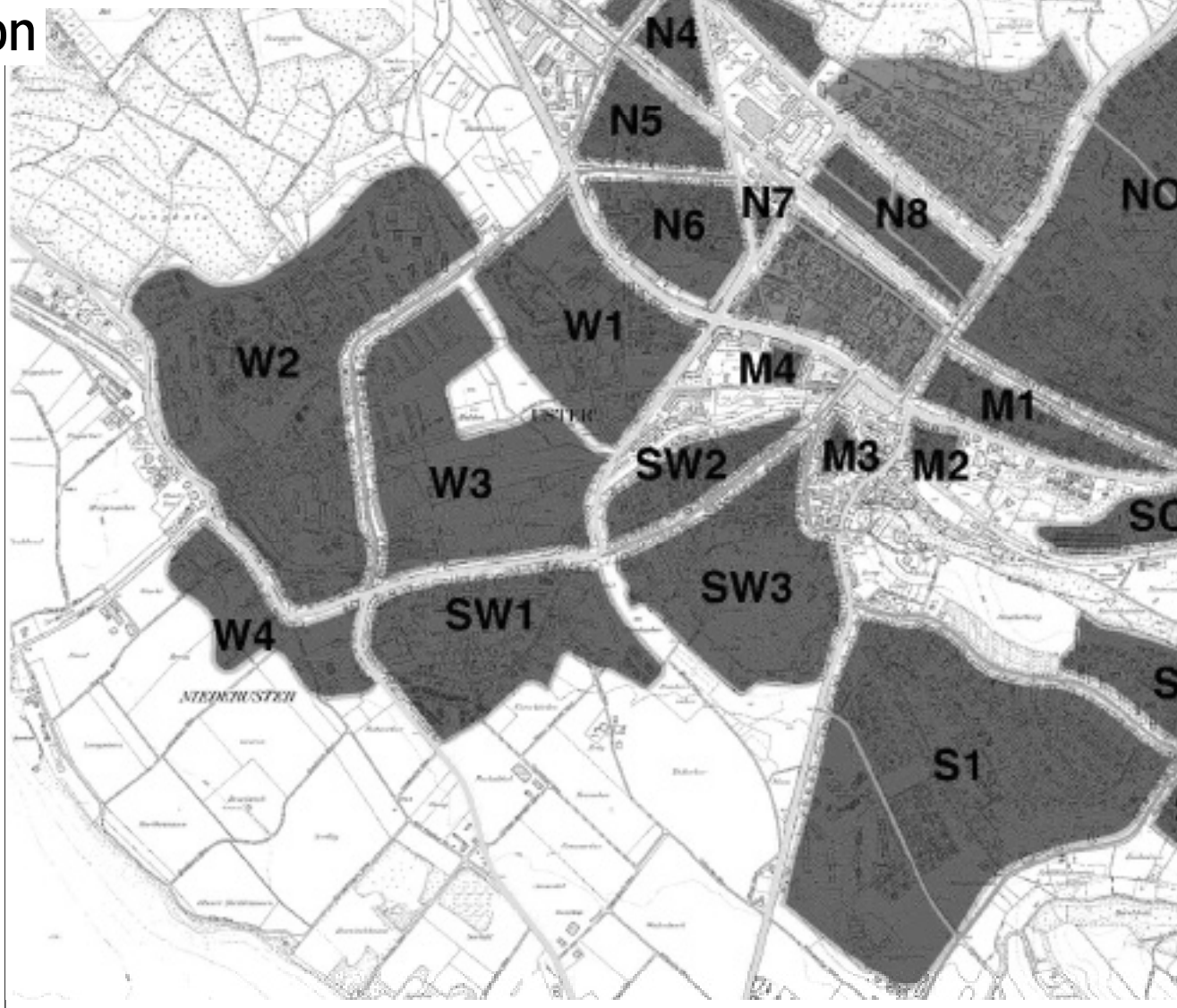
Obenstehender Artikel wurde erstmals im FORUM 206 im November 2000 publiziert. Wir drucken ihn aus aktuellem Anlass nach.

Gemeinde-Abstimmung vom 8. Februar: Ja zu Tempo 30 in den Wohnquartieren

Tempo 30 in Usters Wohnquartieren

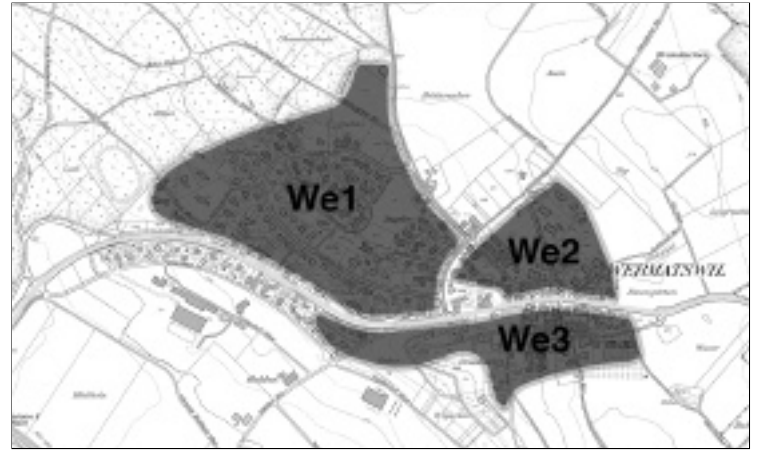


Nänikon

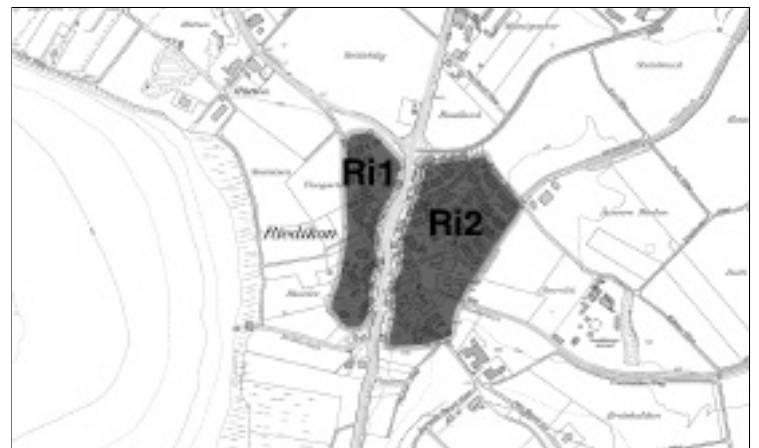


Uster

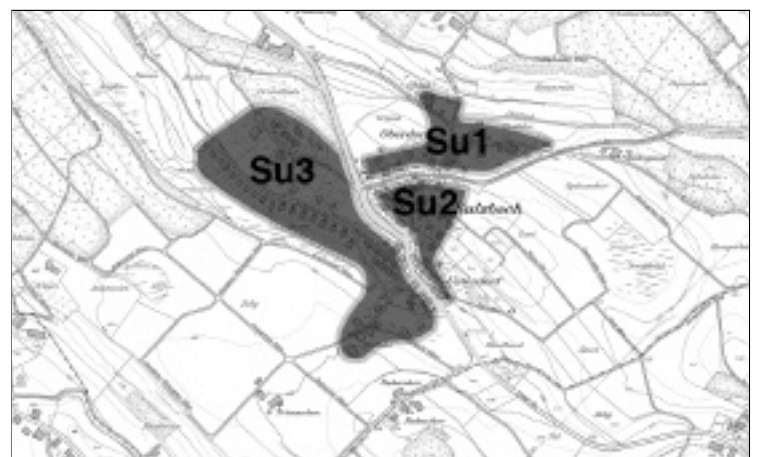
- schon bald auch bei Ihnen



Wermatswil



Riedikon



Sulzbach

Kantonale Abstimmung vom 8. Februar: Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Exklusives Steuerschlupfloch endlich stopfen

Reiche Ausländerinnen und Ausländer geniessen im Kanton Zürich eine Vorzugsbehandlung: Statt wie alle anderen Steuerzahler auf Einkommen und Vermögen Steuern zu zahlen, werden sie pauschalbesteuert. In der Regel zahlen Sie den fünf-fachen Mietwert der Liegenschaft, die sie bewohnen. Was ursprünglich vor allem für wohlhabende Rentnerinnen und Renter ohne Einkommen gedacht war, hat sich mehr und mehr zu einem Steuerschlupfloch entwickelt, das von russischen Oligarchen wie Viktor Vekselberg genutzt wird. Am 8. Februar haben wir die Chance, dieses exklusive Steuerschlupfloch zu stopfen.

Von Elisabeth Derisitios,
SP-Kantonsrätin, Zollikon

Der Kanton Zürich braucht keine Schonsteuer für ausländische Millionärinnen und Millionäre, denn diese Steuer ist ein Hohn gegenüber allen einheimischen Steuerzahlenden, die gegenüber den Steuerämtern jedes Jahr über ihr gesamtes Einkommen und Vermögen ehrlich und kooperativ Rechenschaft ablegen, damit ihr geschuldeter Steuerbetrag nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit («wer mehr hat, zahlt mehr Steuern») errechnet werden kann. Genauso wie es auch die Verfassung verlangt. Das Privileg der Pauschalsteuer für einzelne superreiche Ausländer und Ausländerinnen verletzt den Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eklatant und steht klar im Widerspruch zur Steuergerechtigkeit.

Längst nicht mehr wie gedacht

Personen, die nach zehnjähriger Landesabwesenheit ihren steuerrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz nehmen und hier keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, haben bis Ende der laufenden Steuerperiode das Recht, ihre Einkommens- und Vermögenssteuer nach dem Aufwand, d.h. mindestens fünffacher Mietzins oder Mietwert des eigenen Hauses, zu entrichten. Danach werden sie im ordentlichen Verfahren besteuert. Sind diese Personen jedoch nicht Schweizer Bürger, steht ihnen das Recht auf Entrichtung der Steuer nach dem Aufwand auch danach zu.

Die Pauschalsteuer war ursprünglich für betuchte ausländische Rentner und Rentnerinnen gedacht, die in der Schweiz ihren Lebensabend



Das Steuerschlupfloch im Kanton Zürich für schwerreiche Ausländer ist zu schliessen, damit ein wichtiger Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit gemacht wird.

verbringen und keiner Erwerbsarbeit mehr nachgehen. Die Zahlen aus Stadt und Kanton Zürich zeigen jedoch ein anderes Bild: Im Jahre 2005 waren von den 103 pauschalbesteuerten Personen im Kanton Zürich rund zwei Drittel unter 65 Jahre alt, zwei davon sogar unter 30. Die Vermutung liegt nahe, dass der attraktive Steuerstatus immer mehr von Schein-Erwerbslosen oder sogenannten Business-Nomaden beansprucht wird, die faktisch ihre Firmenkonglomerate von hier aus managen, wie der in die Schlagzeilen geratene Fall des russischen Multimilliardärs Viktor Vekselberg zeigt.

Zürich braucht keine Lockvogelangebote

Die Befürworter der Pauschalsteuer behaupten, dass Zürich diese Steuer braucht, um im Standortwettbewerb mithalten zu können. Diese Behauptung stimmt nicht. Zürich ist, wie diverse Studien belegen, ein ausgezeichneter und attraktiver Standort mit bester Lebensqualität. Viele Faktoren, wie Bildung, Verkehr, Umwelt oder die Gesundheitsversorgung tragen massgebend zu unserer Standortattraktivität bei. Unsere ohnehin vergleichsweise moderaten Steuern sind nur einer der massgebenden Faktoren und rangieren in der Hierarchie der Standort-

kriterien nicht an erster Stelle sondern im Mittelfeld. Zürich hat es demnach nicht nötig, mit derartigen Lockvogelangeboten ausländische Steueroptimierer anzuziehen. Ausländische Firmen kommen auch ohne die Pauschalbesteuerung gerne hierher.

Betrachtet man schliesslich die Höhe der Steuereinnahmen aus der Pauschalbesteuerung, so ist selbst der nicht anzunehmende Fall, dass alle Pauschalbesteuerten nach der Abschaffung aus Zürich wegziehen, problemlos verkraftbar: Der Ertrag aus der Pauschalbesteuerung beträgt 15 Millionen Franken, was etwa 0,25 Prozent aller Steuereinnahmen entspricht.

Faires Steuersystem

Die SP hat sich stets mit Vehemenz für ein faires Steuersystem für die gesamte Bevölkerung unseres Kantons eingesetzt. Was wir heute brauchen ist die Entlastung von Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen und mit Familien mit Kindern und nicht eine steuerliche Besserstellung der Superreichen. Am 8. Februar haben wir die Chance, dieses exklusive Steuerschlupfloch für ausländische MultimillionärInnen zu schliessen und tun damit einen wichtigen Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit.

Eidgenössische Abstimmung vom 8. Februar: Ja zur Personenfreizügigkeit mit der EU

Bilaterale Verträge: «Wichtigste Abstimmung seit 1992»

Am 8. Februar stimmen wir über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und deren Ausdehnung auf die beiden neuen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien ab. Mario Fehr, SP-Nationalrat aus Adliswil und erfahrener Aussenpolitiker, erklärt im FORUM-Interview, weshalb ein Ja für die Schweiz so wichtig ist und warum es eine Personenfreizügigkeit «à la carte» nicht geben kann.

FORUM: Warum ist diese Abstimmung dermassen wichtig?

Mario Fehr: Die Finanzkrise hat eines klar gemacht: Es gibt keinen Weg zurück in diejenigen Zeiten, in denen jedes Land bei global auftretenden Problemen alleine nach Lösung suchen konnte. Viele vermeintliche Vordenker aus der Wirtschaft haben ja sehr lange behauptet, dass die Schweiz eine Insel der Glückseligen sei. Wir wissen: Sie haben sich getäuscht. Und zwar gründlich! Unsere Herausforderung ist, weltweit auftretende Probleme gemeinsam zu bewältigen. Genau dies macht die EU.

Und was hat das nun mit der Personenfreizügigkeit zu tun?

Sehr viel sogar! Nur ein soziales Europa kann die globalen Herausforderungen meistern. Ein soziales Europa engagiert sich für den Frieden, für mehr Ökologie, für die Menschenrechte. Und ein soziales Europa hilft jetzt auch mit, die Finanzkrise zu bewältigen, deren soziale Folgen zu lindern und zukunftsgerichtete Investitionen zu tätigen. Die Schweiz profitiert stark von all diesen Bemühungen der EU. Wir sollten deshalb endlich mehr Verantwortung übernehmen und dieses Europa mitgestalten und nicht immer nur darauf warten, dass andere das für uns tun.

Aber am 8. Februar geht es doch lediglich um ein einziges Abkommen mit der EU...

Es geht um viel mehr! Bei der Abstimmung über die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit geht es darum, ob wir weiterhin eine sehr intensive Zusammenarbeit mit der EU haben oder gar keine. Die Fortführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen Staaten ist zwingend verknüpft mit allen Verträgen aus dem Paket Bilaterale I: Es geht letztlich um nicht mehr und nicht weniger als die bilateralen Verträge als Ganzes.

Wieso können wir denn nicht die Personenfreizügigkeit im bisherigen Rahmen weiterführen und



SP-Nationalrat Mario Fehr ist überzeugt: Globale Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam meistern. Deshalb muss die Schweiz auch weiterhin mit dem restlichen Europa zusammenarbeiten.

auf eine Ausdehnung auf die beiden neuen EU-Staaten verzichten?

Weil es keine Personenfreizügigkeit «à la carte» gibt. Wer sagt, dass wir diese den neuen EU-Mitgliedern Rumänien und Bulgarien verweigern und dann trotzdem weiterhin bilaterale Verträge mit der EU haben könnten, der sagt nicht die Wahrheit. Eine Ungleichbehandlung ihrer Mit-

glieder würde die EU niemals akzeptieren. Und dies völlig zu Recht. Wir würden eine Ungleichbehandlung unserer Kantone schliesslich auch nicht akzeptieren. Es ist deshalb nur logisch, ehrlich und demokratisch, dass die Frage nach der Weiterführung und der Ausdehnung als eine Vorlage vors Volk kommt. Die Frage, die sich uns am 8. Februar stellt, lautet: Wollen wir die Personenfreizügigkeit mit der ganzen EU oder wollen wir sie nicht? Etwas anderes ist nicht zu haben.

Was passiert, wenn die Ewiggestrigen aus SVP und AUNS mit ihrer Angstmacherei Erfolg haben und am 8. Februar tatsächlich ein Nein resultiert?

Innerhalb von nur sechs Monaten würden sämtliche Verträge der Bilateralen I automatisch dahinfallen. Zudem würden die wichtigen und guten flankierenden Massnahmen, welche SP, Gewerkschaften und Angestellten-Organisationen gemeinsam erstritten haben, mit einem Schlag ebenfalls dahin fallen. Inmitten der Rezession wäre dies für unsere Wirtschaft, für die Arbeitsplätze und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land ein ganz schwerer Schlag und eine eigentliche ökonomische Katastrophe. Wir werden es aber nicht so weit kommen lassen! Diese Abstimmung ist die wichtigste seit 1992, als der Beitritt zum EWR leider abgelehnt wurde. Wir sind gewarnt aus der Geschichte. Ich bin überzeugt davon, dass wir diese Abstimmung gewinnen werden.

Parolen zu den Abstimmungen vom 8. Februar

KOMMUNALE ABSTIMMUNG:

JA zu Tempo 30 in Wohnquartieren

... weil wir damit mehr Sicherheit für unsere Kinder und mehr Lebensqualität für uns alle schaffen. (siehe Artikel Seiten 3 bis 9).

KANTONALE ABSTIMMUNG:

JA zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

... weil alle Menschen nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden sollen. Eine Ausnahme für superreiche AusländerInnen verletzt dieses Prinzip auf eklatante Weise. (siehe Artikel auf Seite 10).

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG:

JA zur Personenfreizügigkeit mit der EU

... weil die Bilateralen Verträge für die Schweiz von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung sind. (siehe Interview auf dieser Seite).

Veranstaltungskalender

16.01. KABARETT: WELTREKORD

mit Ursus & Nadeschkin

Wird Nadeschkin das Theater in Bränd stecken, damit endlich das Aussergewöhnliche passiert? Denn das ist das Ziel des neuen sechsten Programms von Ursus & Nadeschkin. In ihrem neuesten Bühnenstück zeigen sich die beiden überraschend verständnisvoll, aber witzig und absurd wie immer. Anders eben – wie immer.

20 Uhr, im Stadthofsaal Uster
Eintritt 27.– bis 50.–

19.01. KINO: NORDWAND

Film von Philipp Stölz
Deutschland/Österreich/Schweiz 2008 D 121'



Toni (Benno Fürmann) und Andi (Florian Lukas) kennen sich seit ihrer Kindheit und sie sind beide begeisterte Bergsteiger. Ein Berg hat es ihnen besonders angetan: der

Eiger und dessen bis dato unbezwungene Nordwand. Obwohl aufgrund der zahlreichen tödlichen Besteigungsversuche als «Mordwand» verschrien, sind die beiden überzeugt, dass sie es schaffen können. Alles läuft hervorragend, sie kommen schnell voran. Auf der Terrasse des Grand Hotels am Fuss des Eigers werden die vier mit Fernrohren von zahlreichen Schaulustigen und der Weltpresse beobachtet - auch von Luise, die erkannt hat, dass Toni ihre wahre Liebe ist. Doch dann verlieren die Bergsteiger die Kontrolle: Das Wetter schwingt um und Willi verletzt sich. Plötzlich sieht es aus, als würde einmal mehr der Berg gewinnen. Ein Wettlauf mit der Zeit und den Naturgewalten beginnt.

Otopia, 20.30 Uhr, Braschlergasse 10

22.01. DIE NACHT DER TROMMLER

mit Fritz Hauser (Solo), Lucas Niggli
und Peter Conradin Zumthor im Duett

Strange Neighbours

Ein ganz besonderer Abend für Freunde der Trommel, der Schlagzeugmusik, der Performance auf höchstem Niveau. Es begegnen sich drei Generationen von Schweizer Trommlern, die ein riesiges Arsenal an Instrumenten zum Singen, Vibrieren, Erglühen bringen. Neben Pierre Favre, Jojo Mayer, Daniel Humair und Fredy Studer gehört Fritz Hauser zu den international bekanntesten Schweizer Schlagzeugern, der seit gut drei Jahrzehnten unermüdlich an der Weiterentwicklung der Schlagzeugmusik arbeitet. Und es ist höchste Zeit ihm im wunderschönen Raum des Qbus in Uster zu präsentieren, einer Umgebung und Akustik die seinen radikalen und höchst virtuellen Konzerten den perfekten Rahmen liefern kann.

Im zweiten Teil des Abends spielt das seit 5 Jahren existierende Drum Duo Zumthor-Niggli neben eigenen Stücken auch zwei Kompositionen vom jungen Schweizer Komponisten Felix

Profos - der für dieses Duo die beiden mitreissenden Stücke «erster Tanz» und «zweiter Tanz» komponiert hat. Niggli-Zumthor bilden eine Achse des Internationalen Drum-Quartetts «Beat Bag Bohemia», das schon zweimal in Uster für unvergessliche Abende sorgte - jetzt zum ersten Mal im Duo zu hören, mit neuer Musik im Gepäck.

20.30 h, Qbus Uster, Braschlergasse 10
Eintritt 30.–/20.–/15.–

26.01. KINO: MARCELLO MARCELLO

Film von Denis Rabaglia
Schweiz/Deutschland 2008 1 d/f 97'



Für die Liebe der schönen Elena stellt der junge Fischersohn Marcello ein ganzes Dorf auf den Kopf. Italien, 1956. Auf der malerischen Insel Amarello hält ein alter Brauch die jungen Männer auf Trab:

Um sich ein Date zu sichern, sollen die Burschen am achtzehnten Geburtstag jedes Mädchens Geschenke präsentieren, und zwar nicht dem Geburtstagskind, sondern dessen Vater. Dieser allein entscheidet, wer die Tochter zum ersten Rendezvous ausführen darf. Marcello, Sohn eines Fischers, hält von dieser Tradition wenig bis gar nichts - bis er die zauberhafte Elena erblickt. Die Tochter des Bürgermeisters ist nach langjähriger Abwesenheit auf die Insel zurückgekehrt. Während die Konkurrenz um Elena wächst, hat Marcello endlich die perfekte Geschenkidee. Aber an das Geschenk zu kommen, ist gar nicht so einfach. Schon bald sieht er sich in Tauschgeschäfte mit dem ganzen Dorf verwickelt.

Otopia, 18.30/21 Uhr, Braschlergasse 10

29.01. THEATER: DAS HERZ EINES BOXERS

Stück von Lutz Hübner, Regie Jordi Vilardaga,
mit Theater Blitz, mit Jan von Rennenkampf

Jojo ist ein cooler Typ. Keine Lehrstelle, keine Freundin, keine Hoffnung. Für den Cliques-Boss sitzt er eine Strafe ab im Heim und muss Wände streichen. Dort trifft er auf Leo, einem ehemaligen Boxer mit überraschender Vergangenheit. Zwischen dem alten Leo und dem jungen Jojo entsteht Freundschaft.

20 Uhr, Qbus, Braschlergasse 10
Eintritt 35.–

06.02. KABARETT: SCHLATTER & FREY

Der beliebte Bruder

Zehn Jahre nach der Auflösung von Kabarett Güterspass und nach diversen Erfolgen als Solokünstler sind Beat Schlatter und Patrick Frey erstmals wieder gemeinsam auf der Bühne zu sehen. «Der beliebte Bruder» handelt von den Tiefen der männlichen Psychologie. Ein heikles Thema - aber trotzdem lustig aufbereitet.

20 Uhr, Stadthofsaal Uster
Eintritt: 30.– bis 50.–

07.02. FEST GEGEN RASSISMUS

Ausländerinnen- und Ausländerrat
Union der Arbeitenden Uster laden ein

Programm: 18.30 Uhr Rede von Nationalrat Ricardo Lumengo (SP, Biel) zum Thema: «Integration der Fremden und Rassismus in der Schweiz». 19 - 20 Uhr Nachtessen mit Salatbuffet, italienischem Risotto und Süßigkeiten aus dem Kosovo. Ab 20 Uhr kulturelle Attraktionen, Musik und Tanz.

Mitorganisierende: Colonia Libera Italiana (CLI), Associazione Cristiani Lavoratori Italiani (ACLI), Partito Democratico (PD), Sozialdemokratische Partei Uster (SP), Kosovo-albanischer Kulturverein Bashkini, und weitere

18 - 24 Uhr, Mehrzwecksaal Kreuz,
beim Dorfschulhausplatz Uster

15.02. KINO: SON OF RAMBOW

Film von Garth Jennings
GB/D/F 2007

E d/f 96'



Der 11-jährige Will wächst 1982 in England in der streng religiösen Gemeinschaft der Ravenbrüder auf. Er trifft in seiner neuen Schulklasse auf Carter, einen vernachlässigten Rabauken. Beides Aussenseiter, be-

ginnen sie zusammen einen Film zu drehen. Sie werden dabei nicht nur Freunde, sondern gleichzeitig auch erwachsen. Die Geschichte bewegt und erfreut - sie ist witzig und rührend zugleich. Es ist die schöne aber auch verwirrende Welt der heranwachsenden Jungen, die hier unter die Lupe genommen wird. Es ist der perfekte Vater-Sohn-Film, voll männlicher Romantik und unerfüllter Jugendträume.

Otopia, 18.30/21 Uhr, Braschlergasse 10

INSERATE

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL.044 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen

apfelbaum

Zentralstrasse 18, Uster

Aktionen, News, Degus...
jetzt wöchentlich Newsletter
bestellen:

newsletter@oepfelbaum-uster.ch

Öffnungszeiten:

Mo-Fr 9.00 - 12.15 14 - 18.30
Sa 9.00 - 16.00

Diskutieren Sie mit – im Internet: splog.sp-uster.ch

Anziani in Emigrazione

Antonio Giacchetta, responsabile nazionale del Patronato INCA in Svizzera

Nella nostra emigrazione di prima generazione registriamo da alcuni anni la presenza di un nuovo e cospicuo segmento sociale: quello degli anziani che decidono di non rimpatriare dopo il pensionamento svizzero e che quindi vivranno la terza età in Svizzera, nel tessuto sociale che per anni ha rappresentato unicamente il luogo dove svolgere l'attività lavorativa e ricercare lo spazio ricreativo post-lavorativo.

Vivere da pensionati in Svizzera significa entrare in una nuova dimensione sociale e culturale, significa strutturare la vita quotidiana con incognite ed incertezze con le quali tutti gli anziani sono confrontati, svizzeri ed ora anche i nostri connazionali pensionati.

Oggi ben 40'000 italiani pensionati hanno deciso di non rimpatriare. Questo fenomeno, in crescita, comporterà notevoli cambiamenti, non solo nell'organizzazione economica e sociale, ma anche nella struttura insediativi esistente, nelle case come nella città.

Oggi in Europa ca. il 30% della popolazione (censimento del 2004) è anziana. In Italia ed in Svizzera la percentuale è simile. Nei primi decenni di questo nuovo millennio gli anziani costituiranno quasi un terzo degli abitanti sia in Italia che in Svizzera. Questa crescita comporterà una diversa organizzazione sociale, soprattutto nei centri demografici di media o grande dimensione. Le città dovranno essere rese compatibili con le nuove esigenze poste dall'invecchiamento della società.

Il diritto di abitare in modo civile e dignitoso costituisce uno degli elementi essenziali di un invecchiamento sereno, poiché consente a larghe fasce d'anziani di conservare anche in età avanzata un notevole grado d'autonomia e d'auto-sufficienza, migliorando evidentemente la qualità della vita quotidiana, i rapporti in famiglia, come anche i rapporti con il resto della società. Gli anziani in emigrazione, come nuovo segmento sociale, seguiranno questo paradigma, considerato un bisogno vitale.

In più l'esigenza dell'identità culturale dovrà confrontarsi con le strutture già esistenti per gli anziani autoctoni, strutture non sempre accoglienti per cittadini emigrati provenienti da altra cultura (o anche da altra religione).

In Svizzera, in Germania ed in Francia alcuni passi verso un concreto processo d'integrazione sociale degli anziani emigrati sono già stati già avviati.

Alcuni progetti concreti di sistemazione in nuclei strutturati di case di riposo sono in atto o addirittura in fase di realizzazione. In concordanza negoziale con le strutture pubbliche locali, l'impostazione condivisa trova alcune difficoltà purtroppo nelle risorse a disposizione. La bassa con-

giuntura economica e le restrizioni finanziarie della mano pubblica si ripercuotono anche su questo ambito d'intervento della politica migratoria. Sarà anche indispensabile tuttavia un'improrogabile assunzione di responsabilità in questa materia, da parte delle istanze governative italiane rappresentate nei paesi d'emigrazione. La promozione ed il sostegno di progetti governativi e non governativi e le iniziative legislative per favorire il finanziamento e la realizzazione di progetti mirati, (uno dei compiti prioritari per la politica migratoria dei prossimi decenni, vista la dinamica demografica!) e non solo a carattere sperimentale, volti a facilitare l'integrazione dei nostri connazionali anziani residenti all'estero, diventeranno d'ora innanzi un impegno strategico inderogabile.

Appuntamenti 1

Colonia Libera Italiana di Uster

Invita tutti i propri iscritti, amici, sostenitori e simpatizzanti alla propria

Assemblea Generale Ordinaria

Venerdì, 23 Gennaio 2009 alle ore 19.30 (prima chiamata)

Sala «Arche Nova», Brauereistrasse Uster

(Ampio parcheggio in fondo alla strada, dopo la vecchia birreria)

Alle fine dei lavori a tutti i partecipanti verrà offerto, come da tradizione, un piccolo spuntino accompagnato da un buon bicchiere di vino.

Il Consiglio della Colonia

p.s. seguirà invito

Appuntamento 2

Unione Operaia Uster, organizza:

«Festa contra il razzismo»

Sabato, 7 Febbraio 2009 dalle ore 18.00 alle ore 24.00

Nella **Sala multiuso Kreuz** di fronte al Ristorante Kastanie, Uster

Programma:

Ore 18.00 Apertura sala, Ore 18.30 Discorso del deputato nazionale del partito socialista Svizzera del Cantone Berna, Ricardo Lumengo, sul tema: «Integrazione degli stranieri e razzismo in Svizzera», Ore 19.00 Cena con un buffet di insalate, risotto ai funghi all'italiana e un ricco assortimento di dolce dal Kosovo. Ore 20.00 Scaletta della attrazioni culturali con musica, giochi e balli internazionali..

Tutti gli stranieri e non sono i benvenuti. Entrata libera.

Organizzano: Colonia libera Italiana (CLI), Associazione Cristiani Lavoratori Italiani (ACLI), Partito Democratico (PD), Partito Socialista Svizzera Uster (SP), Kosovo-albanese Associazione Culturale Bashkimi, e altri ancora.

Appuntamento 3

La Colonia Libera Italiana di Uster

comunica ai nostri connazionali, che anche quest'anno nei mesi di Febbraio e Marzo, **tutti i Sabati dalle ore 9.00 alle ore 11.00**, due esperti sono disponibili per la compilazione della dichiarazione dei redditi (formulari delle tasse).

Il comitato C.L.I.

FORUM Redazione:

Valerio Modolo, Carmela Christen,
Fernando Carbone, Claudio Marseglia,
Italo Conte, Letizia Fiorenza

CLI, Postfach 369, 8610 Uster

Libera circolazione...

Continua da pagina 1

– Il numero delle autorizzazioni di soggiorno di lunga durata (permessi B, 5 anni) per Bulgaria Romania aumenterà gradualmente da 684 (2009) a 1'207 (2016), mentre il numero dei permessi di dimora di breve durata (permessi L, 4 - 12 mesi) salirà da 6'355 (2009) a 11'664 (2016);

– A ciò si aggiunge una speciale clausola di salvaguardia (cosiddetta “valvola di sicurezza”) che potrà essere attivata per ulteriori tre anni, che prevede una limitazione dei permessi di soggiorno in caso d’immigrazione eccessiva.

La Svizzera ha avuto oltre sei anni di tempo per maturare esperienze nell’ambito dell’apertura del mercato del lavoro e dell’emigrazione agevolata. Il flusso delle persone, in prevalenza manodopera qualificata o altamente qualificata, si è evoluto in modo controllato secondo le previsioni, adeguandosi alle esigenze dell’economia svizzera. Ci sono stati però episodi di dumping salariale, che hanno costretto il governo su pressione del sindacato, a adottare misure d’accompagnamento, che si sono rivelate efficaci contro gli abusi in ambito retributivo e sulle condizioni di lavoro. È sempre però difficile avere un controllo efficace della situazione. Sarà una campagna elettorale molto accesa, da un lato gli oppositori che sono convinti che la Svizzera può isolarsi senza problemi dal resto dell’Europa, dall’altra il governo che è consapevole che un rifiuto dei bilaterali I creerebbe grossi problemi, mentre l’economia non può rinunciare alla manodopera qualificata ed ai rapporti con l’UE.

Molte persone hanno però qualche apprensione con l’estensione della libera circolazione a Romania e Bulgaria. Bisognerà esporre chiaramente le clausole poste per questi due stati. L’UE ha ribadito più volte che non accetterebbe una situazione di disparità per due dei suoi stati membri, così come la Svizzera non accetterebbe un trattamento discriminatorio da parte dell’UE nei confronti di taluni Cantoni. C’è quindi da auspicarsi che il buon senso di molti svizzeri prevalga sulle discutibili argomentazioni della destra. Se non saranno accettati gli accordi bilaterali, sarà necessario rinegoziare tutti i rapporti con l’UE, in questo caso per la Svizzera la strada sarà veramente in salita

Il voto alle donne...

Continua da pagina 1

cantoni ne seguirono l’esempio. Ma questo passo avanti non impedì alla Svizzera, al momento della firma della convenzione sui diritti umani del Consiglio d’Europa, di non aderire alle sezioni riguardanti la parità tra i sessi. Lo scalpore che questa decisione provocò, costrinse il Parlamento a rivedere la sua posizione e un ennesimo referendum fu presentato al paese.

Risultato: Il 7 febbraio del 1971 gli uomini svizzeri, con una maggioranza di due terzi, finalmente concessero alle donne il pieno diritto al voto, anche alle elezioni federali!

Oggi le cose sono molto cambiate, le donne possono studiare, diventare avvocati, magistrati, insegnanti universitari, ma i loro valori sono rimasti gli stessi. Hanno forza, determinazione e riescono a svolgere due ruoli: lavorano e, allo stesso tempo, fanno le madri di famiglia, ed è in questa forza che la donna si riconosce in tutte le altre donne, che siano svizzere o italiane.



Le associazioni Italiane di Uster compatte contro la crisi economica

Italo Conte

Forse molti di noi, o molte associazioni che da anni si trovano nel territorio di Uster, non realizzano quanto sia grave questa crisi economica che coinvolge tutto il mondo.

In questi giorni sembra che tutto si sia bloccato, in special modo per quello che riguarda le case automobilistiche, una crisi ad effetto domino che sicuramente si risconterà nella prima parte del 2009 per poi portarsi dietro le ferite fino in autunno. Proprio in questi periodi così delicati è essenziale aderire e iscriversi alla Colonia Libera Italiana (CLI), ed essere partecipi a tutti i convegni e alle serate informative che avranno luogo nel 2009. È importante che tutte le associazioni di Uster proponano ad effetto immediato differenti serate informative di tutto ciò che sta avvenendo in Svizzera e in Europa, per affrontare, assieme e compatti, le varie fasi dei cambiamenti economici futuri che ci aspetteranno nel 2009 e con molta certezza oltre.

Sarebbe opportuno seguire la stampa locale o il Forum della CLI, per essere aggiornati di come affrontare questa crisi, con esperti e specialisti su

campo economico-commerciale, e che si potessero organizzare delle serate informative, per sapere come muoversi e come poter risparmiare, ma anche come investire con intelligenza i risparmi degli Italiani residenti all’estero per ragioni lavoro. La Colonia, come molti già sanno, da anni ha sempre informato e saputo fornire (in collaborazione con INCA di Zurigo) il materiale necessario a tutti i nostri connazionali sui vari cambiamenti della cassa pensione e su altri argomenti.

Per il 2009 servono forze d’associazionismo da parte di tutti quelli che veramente vogliono affrontare questa crisi globale rimanendo uniti e collaborando su un unico obiettivo, quello di informare in base al cambiamento economico del paese, in modo corretto e adeguato e in varie tappe dell’anno. Dovrà avvenire in maniera ben chiara con l’obiettivo che questo tipo d’informazioni dovrà fare da ponte tra la Comunità Europa e il paese che ci ospita. Solo in questo modo saremo certi, come associazione e comunità italiana, di dare un gran contributo a tutti quelli che sono incerti o in molti casi male informati, perché c’è il rischio che a pagare saranno sempre i più deboli.

Votazione comunale dell'8 febbraio: Sì al „limite velocità 30“ nei quartieri abitati.

Sei ragioni per un Sì al «Limite velocità 30»

L'8 febbraio gli abitanti di Uster saranno chiamati a votare su un credito di 2,15 milioni di franchi, con i quali entro i prossimi quattro anni si introdurrebbe il limite di velocità 30 nei quartieri abitati di Uster. Il progetto sviluppato sotto sollecitazione della città di Uster convince sotto l'aspetto dell'edilizia, dei tempi e del finanziamento e arreca grandi vantaggi: più sicurezza per i nostri bambini e più qualità per la vita di noi tutti: Sei ragioni



per un Sì al limite velocità 30.

1. Più sicurezza per i nostri bambini.

Il vantaggio maggiore del limite velocità 30 è dato dall'aumento della sicurezza stradale. Di questo ne approfittano gli utenti stradali più deboli: ciclisti e pedoni, ma soprattutto i bambini.

2. Più qualità per la vita di noi tutti.

Il limite velocità 30 comporta pure un netto miglioramento delle qualità per la nostra vita nei

quartieri abitati. La velocità ridotta cambia il modo di guidare rendendolo più tranquillo.

3. Nessun impedimento stradale.

Si cercherà di ridurre al minimo gli impedimenti stradali. Nella maggior parte delle zone, considereranno soprattutto in strettoie all'inizio delle zone di limite velocità 30. In questo modo si raggiungerà l'effetto di entrata controllata prevista dalla legge.

stradali, all'istruzione e alla presenza di zone di ricreazione, uno dei criteri di scelta, soprattutto per famiglie con bambini, è la qualità della vita e del domicilio.

Nessun problema per il bus.

Ognuno di noi si è già trovato in questa situazione. Se i bus non riusciranno a garantire le coincidenze ferroviarie, ciò dipenderà piuttosto dal traffico e non dal limite velocità 30.

4. Introduzione a tappe.

È prevista la realizzazione delle 40 Zone a limite di velocità 30 fino all'anno 2012.

5. Soluzione conveniente al massimo.

Grazie a questo procedimento pragmatico il limite velocità 30 costerà a Uster meno che in ogni altro comune.

6. Rinforzare l'attrattività di Uster come città da abitare.

Oltre ai collegamenti

Secondo i dati dell'Ufficio federale di statistica per il 2007, il 22,1% dell'intera popolazione residente non è di nazionalità Svizzera. Degli 1,6 milioni d'immigrati che vivono in Svizzera, circa 115'500 hanno più di 65 anni.

Gli immigrati anziani in Svizzera

Fernando Carbone

Tali numeri non prendono in considerazione le persone naturalizzate che pure fanno parte della popolazione migrante e che spesso vivono in Svizzera da oltre 20 anni. La maggior parte delle persone nate all'estero risiede in Svizzera ininterrottamente da dieci o più anni.

La prima generazione del gran movimento d'immigrazione del secondo dopoguerra, che è immigrata in Svizzera dall'Europa meridionale negli anni 50 e 60, sta invecchiando. Il principio di rotazione nella migrazione per lavoro in vigore allora non prevedeva l'integrazione da un punto di vista politico delle forze immigrate.

L'ipotesi che una volta raggiunta l'età di pensionamento, gran parte degli immigrati della prima generazione sarebbe rientrata nei paesi d'origine, ha trovato conferma solo parziale. Un terzo degli immigrati dopo il pensionamento continua a vivere in Svizzera, un altro terzo torna nel paese d'origine e l'altro terzo fa la spola tra Svizzera e paese d'origine. Le ragioni per il ritorno, la permanenza o l'alternanza tra paese d'origine e



paese d'immigrazione sono di varia natura, dipendono però in modo determinante dai mezzi finanziari a disposizione, dai legami familiari e dallo stato di salute.

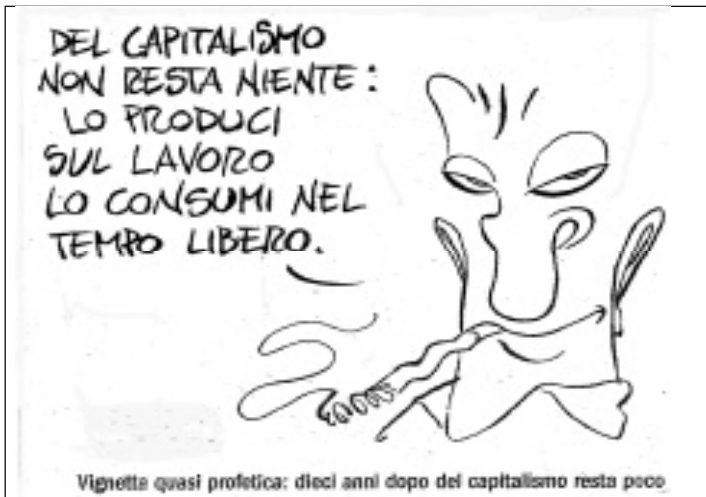
Le condizioni di vita delle persone immigrate in Svizzera per lavorare si ripercuotono sulla situazione economica e sociale e sullo stato di salute nell'anzianità. Formazione scolastica e profes-

sionale carente, un onere di lavoro elevato in settori economici soggetti a crisi, stipendi bassi, poche possibilità di avanzamento professionale, un rischio elevato di disoccupazione o un ritiro anticipato dal mercato del lavoro per ragioni di salute fanno sì che rispetto alla popolazione elvetica coetanea gli immigrati anziani soffrano con maggiore frequenza di problemi di salute, disintegrazione sociale e povertà.

Stando alle previsioni dell'Ufficio federale di statistica del 2008, tra il 2008 e il 2050 il numero degli immigrati ultra sessantacinquenni residente in Svizzera passerà da 125 319 a 277 730. Il cres-

cente invecchiamento della popolazione migrante comporterà un aumento della varietà sociale, professionale, linguistica e religiosa anche nel gruppo degli immigrati anziani. Sul medio e lungo periodo la popolazione migrante anziana diventerà un importante gruppo di problematiche per le questioni legate alle pensioni, alla cura degli anziani e alla politica della vecchiaia.

«L'Italia sta morendo in un benessere che è egoismo, stupidità, incultura, pettegolezzo, moralismo, conformismo...» Pier Paolo Pasolini



In votazione il prossimo 8 febbraio

Libera circolazione della manodopera e accordi bilaterali I

Valerio Modolo

Dopo sei anni il popolo svizzero sarà chiamato ad esprimersi se vuole prolungare in modo definitivo oltre il 2009, l'accordo sulla libera circolazione delle persone, siglato con l'Unione europea ed estenderlo anche a Romania e Bulgaria, i due nuovi stati membri dell'UE.

La libera circolazione delle persone fa parte di un pacchetto di misure degli accordi bilaterali I. È su questo che il popolo dovrà esprimersi.

Dopo il no dei cittadini allo spazio economico europeo nel 1992, la Svizzera ha seguito la via degli accordi bilaterali con l'UE, che sono entrati in vigore il 1. giugno 2002 per un periodo di transizione di sette anni. Contro questi accordi è stato lanciato

un referendum che ha raccolto oltre 52000 firme, che vuole mettere in discussione la libera circolazione delle persone soprattutto se allargata ai nuovi membri.

La libera circolazione delle persone per Bulgaria e Romania, avverrà in modo progressivo e controllato. Il periodo transitorio di sette anni previsto per questi due stati, prevede le seguenti clausole:

– Limitazioni all'immigrazione, quali il principio di "preferenza nazionale" (o priorità ai lavoratori indigeni), il controllo preliminare delle condizioni lavorative e salariali, nonché la fissazione di contingenti (numero limitato dei permessi di dimora per i lavoratori d'entrambi i Paesi);

Continua a pagina 2

Il voto alle donne – dall'Italia alla Svizzera

Carmela Christen

Il 1946 fu un anno caratterizzato da numerosi eventi, che portarono l'Italia a porsi tra uno dei paesi più all'avanguardia dell'Europa, sia come sviluppo industriale che economico e sociale. Quell'anno l'Italia, povera e sfiancata dalla guerra si preparava ad affrontare il futuro con coraggio e determinazione. Era l'anno in cui nascevano la Vespa e la Lambretta, il bikini e il primo antibiotico, ma anche l'anno che vide finalmente, 12 milioni di donne andare per la prima volta alle urne e votare, in occasione del referendum Monarchia-Repubblica e per l'Assemblea Costituente. Furono elette 21 donne, molte di cui avevano combattuto e sostenuto la resistenza. Ma la battaglia per il voto alle donne, era iniziata fin dall'ottocento, con la nascita del Regno d'Italia. Da allora, quasi ogni anno furono presentati disegni di legge sul diritto di voto alle donne, ma si dovette aspettare la fine della Seconda guerra mondiale per arrivare al suffragio universale. Un processo di conquista difficile per la donna relegata ad un ruolo di sottomissione nei confronti del marito, con nessun diritto giuridico e alla quale anche l'istruzione era negata.

Se in Italia la posizione giuridica delle donne incominciò a cambiare, lo stesso non si può dire per la Svizzera, dove questo diritto fu introdotto solo nel Febbraio del 1971.



Le argomentazioni di tale ritardo furono molte, e dovute ad un fattore di sottovalutazione dell'intelligenza femminile. Poco importava se questo diritto, negli altri paesi veniva già esercitato da anni. E da dire comunque che le donne svizzere non se ne stesero con le mani in mano: la prima associazione femminista fu creata nel 1868, chiedendo i diritti civili e il diritto di frequentare le università, e numerose furono le proposte per inserire il suffragio femminile nella costituzione, ma invariabilmente erano sempre ignorate.

Nel sistema di democrazia diretta svizzero, l'ultima parola in fatto di legislazione spetta agli elettori, così, grazie all'autonomia di cui gode anche il più piccolo cantone, un piccolissimo comune del cantone Vallese, diede la possibilità alle donne d'irrompere nella vita politica e di votare. Era il 1957, in seguito altri

Continua a pagina 2